

Streiks: Millionen kämpfen um ihre Existenz aber ver.di streikt für mehr Geld



Jeder will mehr Geld verdienen. Das ist generell so. Und ist auch in Ordnung, denn dadurch entsteht auch eine Bereitschaft mehr zu leisten. Innovationen anzugehen.

Marktanteile zu

erobern und sich und seine Leistung in Nischen zu positionieren. Der individuelle Wunsch mehr haben zu wollen führt letztlich auch gesamtwirtschaftlich zu mehr Kreativität und Wachstum. So die Theorie, die interdisziplinär auch wissenschaftlich untermauert werden kann.

Dass andere dabei mehr verdienen als man selbst hat verschiedene Ursachen. Nicht alle können von dieser Theorie praktisch profitieren. Bleiben auf der Strecke, was dann gern sog. Neiddebatten beflügelt.

Dass der daraus entstehende Wohlstand auch besser verteilt wird, dafür gibt es im Arbeitnehmerbereich Gewerkschaften. Und obwohl es sie gibt, gab es in Deutschland durch Lohnzurückhaltung, die den jahrelangen Aufschwung maßgeblich



mitgetragen hat, eher kaum einen Anstieg der Löhne. Bis auf gewisse Branchen und Marktsegmente, die durch Druck ihre Forderungen durchsetzen konnten. Gern dann im öffentlichen Dienst zu sehen. Oder bei so Vereinigungen wie Cockpit oder bei Nischengewerkschaften bei Bus&Bahn.

Während die Gewerkschaft Cockpit und Kabinenpersonal nun andere Sorgen als Lohnerhöhungen hat, scheint es wieder mal für all die, die ohnehin kaum um Entlassung fürchten müssen, Zeit zu sein für mehr Lohn zu streiken.

Während Millionen in auswegloser Kurzarbeit ausharren, Hunderttausende monatlich der Arbeitslosigkeit entgegenblicken, Branchen wie Gastronomie, Hotel und Messeveranstalter täglich Pleite anmelden kommt ver.di mit Streiks um die Ecke.

Der unkündbare öffentliche Dienst, und anverwandte kommunale Unternehmen, proben die jährliche Erpressung des Steuerzahlers, der sie maßgeblich finanziert. Schwerpunktstreik heißt die Parole und meint die verkehrstechnische Stilllegung der immer gleichen Regionen in Deutschland.

Während nun Berufspendler, die schon ohnehin angeschlagenen Arbeitsplätze zu erreichen versuchen stehen lächelnd quasi unkündbare Genossen auf den Straßen und feiern ihren Anspruch auf mehr Lohn für mehr Leistung... „Welche verdammte Leistung denn“, fragt sich der Bürger. Eine ohnehin durch das Staatssäckel alimentierte und so krisenfest unkündbare Clique von Privilegierten probt eine Lohnerhöhung?

Rechts und links bricht unsere Wirtschaft auseinander, Kommunen kämpfen mit einem Rückgang der Gewerbesteureinnahmen von bis zu 8% und Löchern im Haushalt, die nicht zu stopfen sind und das BIP sank um satte 9,7%.

Freelancer und Selbständige leben seit Monaten aus den Ersparnissen, gehen Pleite oder in Privatinsolvenz. Müssen mitunter selbst Entlassungen aussprechen. Überall sehen wir in den Städten und in unserer Umgebung Geschäfte leer stehen.

Manchmal mit dem verschämt klingenden Zettel im Fenster, dass man aufgeben musste und sich bei den langjährigen Kunden nochmals bedanken will. Für die Treue...

Und diese Treue konnte dank Corona nicht bewiesen werden. Man konnte diese Geschäfte, Restaurants, Bars und Läden schlicht über Monate nicht besuchen, während deren Kosten aber weiterliefen. Explodierten.

Alles Sorgen, die so ein Busfahrer nicht hatte. Der sorgte sich eher darum, dass die Trennfolie richtig klebte, die ihn vor der Gefahr abschirmte. Auch der Finanzbeamte registrierte zwar die einbrechenden Steuereinnahmen vom Homeoffice aus, dachte aber an das gottlob monatlich vorschüssig gezahlte Geld. Und auch das Ordnungsamt, das mit Knöllchen stets zur Stelle war, wurde so aufmerksam entlohnt, während selbst Einnahmen von Falschparkern massiv wegbrachen.

Und nun streiken wieder Busfahrer, die in Coronazeiten sogar WENIGER fuhren, da der Andrang stark nachgelassen hatte. In einer Phase, wo Unternehmen alles tun, um noch ein paar Einnahmen zu realisieren, weil gewisse (abgesicherte) Leutchen in Politik und Behörden den nächsten Lockdown herbeiführen wollen. Trotz des „Erfolgs“ des ersten Kollapses.

Dieses Jahr ist nicht die Zeit für Lohnforderungen im öffentlichen Dienst. Dieses Jahr wäre es ein Zeichen für solidarisches Handeln. Lohnverzicht. Vielleicht auch mal die Kürzung eines gesamten Monatsgehältes. Damit sie einerseits mal sehen, womit das steuerzahlende Volk – IHR SOUVERÄN – zu kämpfen hat und andererseits auch um zu zeigen, dass man auch Opfer zu bringen bereit ist.

Könnte man so sehen, oder?

Ver.di sieht das nicht so. Im Gegenteil. Hier herrscht der gleiche Poststalinismus, der schon seit Jahren zu sehen ist. An Wirtschaft und Möglichkeiten des Landes vorbei. Im erpresserischen Stil und von Medien verständnisvoll begleitet,

die GOTT sei Dank nun selbst wegbrechende Werbeeinnahmen verzeichnen und bei taumelnder Auflage um Hilfe und Zuschüsse schreien. Es sollen sogar ein paar linksgläubige Schreiberlinge ihre Arbeit verloren haben, da Redaktionen zusammengelegt oder geschlossen worden sind.

Das sollte die wohlwollende Berichterstattung dieses Jahr in Grenzen halten, die unsere Presse immer parat hatte. Auch ihr Einkommen bricht weg. Zumindest bei den Zeitungen. Der mediale GEZ-gestützte Staatsfunk natürlich nicht. Auch der schreit nach höheren Gebühren. Und wegbrechende Werbung ist denen auch egal. Die kann man via GEZ relativieren. Und dafür verständnisvolle Gremienvertreter dürfen vorausgesetzt werden, zumal in ARD und ZDF staatstragende Figuren sitzen, die uns den dunkelsten Keller als „Erste Reihe“ verkaufen sollen.

„In Zeiten wie diesen“ war mal ein Lied, und könnte auch jetzt mal zu Veränderungen führen. Weg vom Profilierungsgehabe einer überdrehten Gewerkschaft, die zunehmend sinnlos geworden ist und selbst um zahlende(!) Mitglieder kämpft. Und in jeder Krise mit Massenentlassungen selbst immer mehr in die Schusslinie gerät, da sie selbst niemals vorausschauende Strukturverbesserungen eingefordert hat. Oder auch mal fachlich erarbeitet, vorgeschlagen und/oder angeregt hat. Deutsche Gewerkschaften sind Lohnoptimierer, die in Krisen rein gar nichts zu Lösungen beitragen.

Damit stehen sie nicht besser da als die Arbeitgeberverbände. Doch unter dem Strich treffen sich da immerhin noch Vertreter, die um ihre Sache kämpfen. Sich nichts schenken.

Im öffentlichen Dienst sitzen sich hier aber Parteigenossen am Tisch gegenüber. Wenn im öffentlichen Dienst mehr verdient wird, steigen auch Politikergehälter, da diese oft an Beamtengehälter „angelehnt“ sind. Das Interesse NEIN zu sagen schwindet da. Man will ja auch MEHR verdienen. Psychologisch nicht die beste Situation für eine ernsthafte Gehaltsdebatte am Tisch. Oder darum, was überhaupt noch geht. Oder gehen sollte.

Und das nutzt gerade ver.di jedes Jahr aufs Neue aus. Sic!

Nur dieses Jahr, in dieser Zeit und in dieser Krise sollte der Druck von uns kommen. Vom Bürger. Vom Kunden. Vom Steuerzahler. Von all denen, die gerade sehr viel verlieren. Zum Teil alles verloren haben.

Also sprecht mal mit den Streikenden. Sagt ihnen deutlich was ihr davon haltet. Gern auch so deutlich, dass sie das weitergeben. An die, die das Drama vom Fenster aus bewundern und glauben, dass sie auf der sicheren Seite sind.

In Zeiten wie diesen ein Mehr zu fordern, wo Millionen um ihre Existenz bangen ist kein Einstieg in die Neiddebatte. Es ist ein Ausstieg aus der Verantwortung seitens der linksverdrehten Gewerkschaften. Von Leutchen, die von den Mitgliedsbeiträgen derer leben, denen sie nun etwas zurückgeben müssen. Nicht als eigene Idee zur Lösung der existenziellen wirtschaftlichen Überlebensfrage ihrer Mitglieder, wohl aber als Forderung an andere und der Botschaft, dass es ihnen scheissegal ist, woher das Geld denn kommen soll. Notfalls auch gern aus den Corona-Hilfsfonds...

Daher ist es nun Zeit diesen Streikgestalten die Stirn zu bieten. Konsequent. Ohne Nachgeben. Aber mit Kündigungsbriefen unterstützt. Auch öffentliche Betriebe kann man ausmisten. Kommunale Unternehmen ausdünnen. In Coronazeiten müssen wir alle Opfer bringen. Warum nicht auch die, die uns bisher erpressten? Uns das Leben schwer gemacht haben?

Als Einstiegsforderung der Arbeitgeber sollten mal minus 5% angeboten werden und eine einmalige Solidaritätszahlung von 250 Euro pro Nase. Coronabedingt. Das wäre nur gerecht, situativ richtig und auch volkswirtschaftlich vorausschauend. Und es wäre immer noch nichts im Vergleich zu all denen, die hier mehr verloren haben. Und täglich weiter verlieren.

Solidarität ist keine Einbahnstraße in die Taschen des ver.di-Klientels!

SIC!

